

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.  
Redaction und Expedition  
Zobanitzgasse 55.  
Vormittags 10—12 Uhr.  
Nachmittags 4—6 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

**Kuflage 15,250**  
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 Rthl.,  
incl. Portofree 5 Rthl.,  
durch die Post bezogen 6 Rthl.  
Jede einzelne Nummer 30 Pf.  
Belagerungsplan 10 Pf.  
Schulden für Extrablätter  
ohne Postbefreiung 30 Pf.  
L. H. Postbefreiung 45 Pf.  
Zusätze: 1869. Beilage 20 Pf.  
Größere Schriften laut unserem  
Preisverzeichnis. — L. H. Postbefreiung  
Sach nach höherem Tarif.  
Reclamen unter dem Redactionsstempel  
die Spalte 40 Pf.  
Zusätze sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Abont wird nach  
gegeben. Zahlung francoamerica  
oder durch Postvorschuß.

No 202.

Sonnabend den 21. Juli 1877.

71. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen  
**Sonntag den 22. Juli um Vormittags bis 1/2 9 Uhr**  
geöffnet.

### Expedition des Leipziger Tageblattes.

#### Geschäftslocalitäten-Vermiethung.

Die von der Firma **A. Hoffmann** zum Betriebe eines Eisen- und Kurzwaaren-Geschäfts  
bisher innegehabten Localitäten in dem Grundstücke „Stadt Dresden“, bestehend  
a) in dem Verkaufsgewölbe an der Ecke des Grimma'schen Steinweges und der  
Duerstraße nebst einer Pöcke im Seitengebäude und einer Niederlage im Hinter-  
gebäude, sowie  
b) in einem Geschäftslocale an der Duerstraße, zwei Pöcken enthaltend,  
sollen vom 1. October 1877 ab auf sechs Jahre meißelbietend verpachtet werden.  
Reflectanten werden ersucht, sich in dem hierzu auf

**Montag, den 30. Juli dieses Jahres, Vormittags 11 Uhr**  
angeordneten Termine im **Universitäts-Rentamt** (Pasinum) einzufinden und ihre Gebote  
abzugeben.

Die Auswahl unter den Bietenden und die Entscheidung in der Sache überhaupt bleibt  
vorbehalten.  
Leipzig, den 19. Juli 1877.

**Universitäts-Rentamt.**  
J. A. W. Beer.

#### Aerztlicher Bezirksverein der Stadt Leipzig.

14. Ausserordentliche Versammlung Montag den 23. Juli Abends 8 Uhr im blauen Saale  
der Centralhalle.  
**Der Vorstand.**

#### In den nächsten Landtagswahlen

verfendet der Reichsverein für Sachsen folgendes  
Flugblatt, das die von uns bereits wiederholt  
ausgesprochenen Gedanken bestätigt und weiter  
ausführt:

Unter den landläufigen Vorurtheilen, mit welchen  
die Thätigkeit der nationalen und liberalen Partei  
von ihren Gegnern verdächtigt wird, figurirt be-  
sonnlich auch die Anschuldigung, ihre Führer  
suchten das deutsche Reich im Sinne eines die  
Einzelstaaten allmählig verschlingenden centralisirten  
Einheitsstaates auszubauen. Es hiesse in der  
That diesen Führern allen Verstand abbrechen,  
wenn man ihnen, den mit der geschichtlichen Ent-  
wickelung des deutschen Reiches so vertrauten  
Männern, ein solch unhistorisches Hirngespinnst  
zutragen wollte! Derart doch die Idee des deut-  
schen Kaiserreiches gerade auf der richtigen, wohl-  
erwogenen und abgegrenzten Verbindung von  
Einheit und Mannichfaltigkeit, auf der  
Vereinigung der durch den Kaiser dargestellten  
Reichstheile, als des gemeinsamen Bundes aller  
Staaten und Stämme, mit dem sich innerhalb  
desselben entwickelnden und gestaltenden, reichs-  
gegliederten und blühenden Leben der Einzelstaaten.  
Dorum ist es nicht nur das Recht, sondern auch die  
Pflicht aller wirklich liberalen und nationalen  
Bürger der Einzelstaaten, das politische Sonder-  
leben derselben, soweit es sich mit der Reichs-  
verträgt, auszubilden, und diejenigen begehren einen  
schweren Fehler, welche, gebildet durch die glän-  
zende Reichsversammlung in Berlin, meinen, sie  
brauchten den Aufgaben, die ihrer im bescheidenen  
und engeren Landtagskreise daheim warten, nun  
nicht viel Aufmerksamkeit mehr zuzuwenden.

Auch die nächste sächsische Landtagsession hat  
ihre hohe Bedeutung und soll für die Entwicklung  
unseres engeren Vaterlandes geistlich und frucht-  
bringend gemacht werden. Ist sie auch zunächst  
nur der Erledigung des Budgets gewidmet, so  
gibt doch gerade diese erfahrungsmäßig die beste  
Gelegenheit zur Erörterung aller schwebenden  
wichtigen Fragen, zur Ausherrung der Wünsche des  
Landes durch Interpellationen, Beschwerden u.  
Und an solchen wichtigen Fragen fehlt es auch  
diesmal wahrlich nicht. Hat doch die Regierung  
selbst versprochen, zur Widerung und Abänderung  
der das ganze Land bewegenden und erregenden  
Einkommensteuer auf Grund der bisherigen Er-  
fahrungen in der nächsten Session bereit zu sein;  
es ist also hier die Gelegenheit gegeben, die Wünsche  
des Landes, besonders der Gewerbetreibenden, die  
sich über Ueberlastung durch die neue Steuer be-  
klagen, vorzubringen. Auch bei und beginnen die  
Finanzen der kritische Punkt im Staats-  
lehrer zu werden, und die Frage, wie man ihnen,  
durch den Ankauf der Staats-  
renten und durch den Ankauf der Privatbahnen  
geschwächt sind, aufhelfen könne, ohne die Steuer-  
kraft des Landes allzu sehr anzuspannen, ist allein  
schon wichtig genug, um die Aufmerksamkeit der  
liberalen Bürger bei Zeiten auf die Auswahl der  
richtigen Männer, die sich zu Candidaten eignen,  
hinzuwenden.

Aber auch noch andere Fragen verdienen Beach-  
tung. Die Regierung wird nicht umhin können,  
Rücksicht zu geben, wie es mit der so vielfach

besprochenen, theils behaupteten, theils geleugneten  
Nothstandsfrage in einigen Gegenden Sachsens  
sich in Wirklichkeit verhalte und was sie, falls  
dieselbe existirt, bis jetzt zur Befriedigung derselben  
gethan resp. zu thun gedenke; und nicht mit Un-  
recht hat ein liberales Blatt, das „Vp. Tgl.“,  
darauf aufmerksam gemacht, daß auch die kirch-  
liche Verfassungsfrage, die Frage der Um-  
gestaltung unserer bisher nur das einseitige  
Interesse einer bestimmten Partei vertretenden  
Landesynode in einen wirklichen repräsentativen  
Vertretungskörper der Gemeinden der Landes-  
kirche, gelöst werden müsse und zwar durch Ab-  
änderung des bisherigen Synodalwahlrechts.

Auch der nächste Landtag also bietet der ersten  
politischen Arbeit genug und fordert jeden aus-  
richtigen Anhänger der nationalen und liberalen  
Partei auf, bei Zeiten seine Pflicht zu thun,  
damit seine Partei die richtigen Männer in die  
Kammer sende. Wie steht es nun in dieser Be-  
ziehung? Regen sich auch hier die Hände zur  
Ernte? Noch hört man nur von vereinzelten  
Schritten, nur hier und da verläutet von Wahl-  
versammlungen zur Auffindung von Candidaten.  
Fehlt es wirklich an geeigneten Männern oder  
nur an der richtigen Würdigung? Die Conferen-  
tationen sind schon rüstig an der Arbeit gewesen.  
Am 30. Juni schon bielten sie in Leipzig eine  
Auswahlprüfung des Conserdativen Vereins für  
den Leipziger Kreis ab, worin man beschloß, den  
schon aus 36 Mitgliedern bestehenden Ausschuss  
um 14 Mitglieder zu vergrößern und jedem Aus-  
schussmitglied einen bestimmten Bezirk für seine  
Thätigkeit zu überweisen, in welchem es sich durch  
auszuwählende Vertrauensmänner mit jedem Ort  
in directe Verbindung setzen solle. Würde dieser  
Plan wirklich über das ganze Land hin durch-  
geführt, so könnte dasselbe leicht mit einem wohl-  
geponnenen agitatorischen Netz überzogen werden.  
Die richtige Vereinigung von Einheit und Man-  
nichfaltigkeit, von Centralisation und Individuali-  
sation, ist auch bei der politischen Parteilichkeit  
der wesentliche Punkt; sie kann bei der liberalen  
Partei gelöst werden durch die richtige Organi-  
sation und Verbindung von leitenden und  
von Filialcomités. Erstere müssen in den  
Hauptorten des Wahlkreises, letztere in den  
kleineren Ortlichkeiten gebildet werden, und beider  
Thätigkeit muß wesentlich darauf gerichtet sein,  
bei Zeiten die richtigen Männer für die Abge-  
ordnetenmandate aufzufinden und ihre Wahl wirk-  
sam zu betreiben. Ueber ihr Verhalten und ihre  
Thätigkeit im Einzelnen können wir uns hier  
nicht weiter verbreiten; beides richtet sich nach  
den eigenthümlichen Verhältnissen und Persön-  
lichkeiten jedes einzelnen Wahlkreises, und wir  
vertrauen, daß der politische Blick und Takt der  
liberalen Wähler hier überall das Richtige heraus-  
finden — aber gesamt werden darf nicht mehr  
mit dieser Thätigkeit.

Leipzig, 20. Juli.

Der sächsische Schreden, den die Kunde von der  
Ueberbreitung des Cholera in Konstantinopel  
hervorgehoben, hat sich sofort im Ausbruch einer  
schweren Ministerkrise gelüthet. Die Pascha,  
Kriegsminister, ist entlassen; Sabjet Pascha, der

#### Bekanntmachung.

In Gemäßheit §. 46 des Einkommensteuergesetzes vom 22. December 1874 werden alle Bei-  
tragspflichtigen, welchen die Zustchrift über das Einschätzungsergebnis sowie die von ihnen zu  
entrichtende Steuer nicht hat bekräftigt werden können, hierdurch aufgefordert, zur Kenntlich-  
machung der Einschätzung und zur Empfangnahme des betreffenden Einkommen-  
steuer-Ausweises bei der Stadt-Steuer-Einnahme allhier — Ritterstraße 15, Georgenhalle,  
2 Treppen links — anständig sich zu melden.

Außerdem werden diese Beitragspflichtigen  
— auf §. 49 d. Ges., wonach die Reclamationen gegen die Einschätzung bei Vermeidung der  
Ausschließung binnen 3 Wochen von Bekräftigung der erwähnten  
Zustchrift, für diejenigen aber, welchen solche nicht hat bekräftigt werden können,  
binnen 3 Wochen von Erlass gegenwärtiger Bekanntmachung bei der  
Königlichen Bezirks-Steuer-Einnahme hier schriftlich einzubringen sind, ingleichen  
— auf §. 31 d. Aufb. Verordn., wonach der Reclamationsschrift die Zufertigung über das Er-  
gebnis der Einschätzung im Original beizulegen, insbesondere auch die Wohnung,  
welche Reclamant bei Unterzeichnung der Reclamationsschrift inne hat, speciell an-  
zugeben ist  
aufmerksam gemacht.

Leipzig, den 13. Juli 1877.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**  
Dr. Georgi. Taube.

#### Bekanntmachung.

Vom 3. August d. J. an ist von uns ein **Högel'sches Stipendium** im Betrag von 185 M.  
jährlich auf vier Jahre an einen hiesigen Studierenden zu vergeben und zwar zunächst an einen  
solchen, welcher den Namen Högel führt, und von christlichen Eltern geboren ist, in dessen Er-  
mangelung aber an einen hier studirenden Leipziger Bürgers- und Handwerksmeisters-Sohn, bez. an  
ein Annaberger Stadtkind.

Wir fordern diejenigen hiesigen Herren Studierenden, welche sich in einer dieser Eigenschaften  
an das gedachte Stipendium bewerben wollen, auf, ihre Gesuche schriftlich unter Beifügung der  
erforderlichen Zeugnisse bis zum 31. d. M. bei uns einzureichen und bemerken, daß später eingehende  
Gesuche unberücksichtigt bleiben müßten.  
Leipzig, am 19. Juli 1877.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**  
Dr. Erdmann. Messerschmidt.

#### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 20. Juli.

Man ist es gewohnt, unter den alljährlich  
wiederkehrenden Sommerobjecten der Presse ein  
Reichs-Bereinigungs-Gesetz zu sehen. Auch in  
diesem Jahre ist die Ankündigung bereits vor  
einigen Wochen aufgetaucht, ohne besondere Be-  
achtung gefunden zu haben. Man kann sagen,  
daß unter den obwaltenden Verhältnissen kaum  
irgend eine politische Partei für ein Reichs-Bereini-  
gungs-Gesetz Sympathie hat. In der That ist zu be-  
fürchten, daß zur Zeit für eine den berechtigten  
Anforderungen politischer Freiheit entsprechende  
Regelung des Vereins- und Versammlungswesens  
die nöthige Unbefangenheit fehle, und so steht  
man überall, mit Ausnahme von Westfalen,  
wo die Bevölkerung in dieser Beziehung geradezu  
rechtlos ist, die politischen Männer einzuweisen  
lieber an ihrer heimischen Vereinsgesetzgebung  
festhalten, als sich nach einem Reichsgesetz sehnen.  
Da den Regierungen diese Thatsache keineswegs  
unbekannt ist, so ist die Unwahrscheinlichkeit, daß  
sie eine betreffende Gesetzesvorlage zu machen  
beabsichtigten, von vorn herein sehr gering. Neuer-  
dings kommen aber von Berlin Mittheilungen  
über eine geplante Aenderung des preussischen  
Bereinigungs-Gesetzes, und die dunkeln Andeutungen,  
welche ein im Sinne der Regierung schreibendes  
Blatt in dieser Beziehung gemacht hat, geben  
denselben einen Schein von Begründung. Es  
soll sich die Meinung herausgebildet haben, daß  
den Verwaltungsverhältnissen ein größerer Spielraum  
bei der Bewirthung der Frage von der Gemein-  
gefahrlichkeit einzelner Versammlungen einzuräumen  
sei. Nach der in Preußen zur Zeit gültigen  
Bereinigungs-Gesetzgebung sind die öffentlichen Ver-  
sammlungen bewohnender Abgeordneten der Polizei-  
behörde beauftragt, die Versammlung sofort zu  
schließen, wenn in ihr Anträge oder Vorschläge  
erörtert werden, die eine Aufforderung oder An-  
reizung zu strafbaren Handlungen enthalten.  
Man weiß, in welcher unangenehmen Weise sich die  
Polizei die Unbestimmtheit des Begriffs „An-  
reizung“ zu Nutze gemacht hat. Jetzt soll also  
noch weiter gegangen, d. h. es soll, wenn die er-  
wähnte Ankündigung überhaupt einen Sinn hat,  
nicht mehr das Kriterium der Strafbarkeit die  
Berechtigung für das Einschreiten der Polizei  
geben, sondern irgend ein anderer darger Begriff,  
etwa „Gemeingefährlichkeit“ oder dergl. Man  
erkennt leicht, daß damit das Versammlungs-  
recht ganz und gar der Willkür der Polizei  
preisgegeben wäre. Eine derartige Zumuthung  
wäre so ungeheuerlich, daß man die ganz-  
betreffende Mittheilung bis zum Beweise des  
Geantheilts für vollständig aus der Luft ge-  
griffen halten muß. Der etwaige Einwand, daß  
die Maßregel gegenüber den Doctrinen der Social-  
demokratie unerlässlich sei, wäre hinlänglich; denn  
1) wird sich schwerlich Jemand überzeugen können,  
daß das Einschreiten gegen die „Anreizung“ zu  
strafbaren Handlungen nicht geringe, und 2) kann  
doch, um eine einzelne staatsgefährliche Partei  
lahm zu legen, nicht die politische Freiheit über-  
haupt geopfert werden. — Uebrigens würde eine  
Aenderung des Vereinsgesetzes in der angebotenen  
Richtung eine Abänderung des Artikels 30 der  
Verfassung zur Voraussetzung haben.

Minister des Auswärtigen, ist zum Minister der  
öffentlichen Arbeiten degradirte; in einem der ver-  
schiedensten consular Telegramme, die es jetzt aus  
Konstantinopel regnet, taucht der arme Sabjet  
sogar als „Divisiongeneral“ auf, der  
in Begleitung des Justizministers Haffim Pascha  
die Residenz verlassen haben und angeblich nach  
Adrianopel abgegangen sein soll. Seine Stelle  
soll Karifi Pascha einnehmen, der schon früher  
das Auswärtige vertrat, nach dem Sturz Ribhat's  
aber als Volkshüter nach Wien geschickt wurde.  
In Karifi's Berufung will man einen Umwandlung  
im Sinne der Anhänger Ribhat's erblicken,  
womit übereinstimmen würde, daß man auch den  
Rücktritt des Großveziers Ehem Pascha als be-  
vorstehend ankündigt. Ob diese Veränderungen  
noch etwas nützen, ob sie nicht vielmehr gerade  
im jetzigen kritischen Augenblicke schädlich wirken,  
die Lage noch mehr verwirren, die Herrichtung  
noch steigern werden, muß sich bald zeigen. Das  
Bedenklichste ist jedenfalls der Wechsel, der in der  
Leitung auf dem Kriegsschauplatz eingetreten ist,  
wo an Stelle des abgetretenen Abdol Kerim vor-  
läufig Osman, später Suleiman oder Ahmed  
Ejad Pascha den Oberbefehl übernehmen soll.  
Mitten im Rollen der kriegerischen Action, in  
ohnedies kritischer und verworrener Lage hat  
sich ein plötzlicher Commandowechsel stellen gut  
gehan.

Inzwischen sehen die Russen theils ihre Vor-  
wärtbewegung über den Balkan, theils ihre  
Operationen gegen das Festungsviereck (Silistria-  
Rasshad-Schumla-Barna) und gegen die dort  
vereinigten türkischen Hauptarmee fert. Die Ein-  
schließung von Ruschuk durch das 2. russische  
Corps ist nunmehr vollendet. Die Festung Ruschuk,  
an der Einmündung des Bos in die  
Donau gelegen, sperrt die Verbindungen von  
Barna-Schumla und Tarnowa nach Salareh,  
darunter auch die Eisenbahnlinie Barna-Schumla-  
Salareh-Ploesti-Salaz, sowie die Wasserstraße  
der Donau, deren Lauf bei der Festung nach  
Nordost gerichtet ist. Außer der Bedeutung als  
Sperrpunkt der erwähnten Communicationen und  
der Donau kommt der Festung auch noch jene  
als Stützpunkt der türkischen Operations-  
basis zu. Die Einnahme dieses wichtigen Platzes  
kann noch schwere Opfer kosten, ist aber nur mehr  
eine Frage der Zeit.

Gleichzeitig haben die Türken auch ihre Stütz-  
punkte in der Dobrußa verloren, nachdem  
die Russen Tchernomoda besetzt und die ganze  
Eisenbahnlinie bis an die Küste (bis Rüstendische)  
in ihre Gewalt gebracht haben. Die aus Tchernomoda  
vertriebenen Türken haben sich auf Silistria  
zurückgezogen, scheinen also die Verteidigungs-  
linie des Trajankalles wie die Verteidigung  
der Dobrußa überhaupt aufgegeben zu haben.  
In Asien haben die Russen die Offensive  
wieder aufgenommen; sie haben Dajafid wieder  
besetzt und rücken von Neuem gegen Karv vor.  
Karv, das Bild hat sich gewaltig gedreht, und  
wenn in voriger Woche die Türken lachen konnten,  
so lachen jetzt die Russen nach. So wird  
es vielleicht noch manchmal wechseln: wer aber  
zuletzt lacht, lacht am Besten. Das werden die  
„lachenden Erben“ der Türkei sein!

Der sächsische Schreden, den die Kunde von der  
Ueberbreitung des Cholera in Konstantinopel  
hervorgehoben, hat sich sofort im Ausbruch einer  
schweren Ministerkrise gelüthet. Die Pascha,  
Kriegsminister, ist entlassen; Sabjet Pascha, der